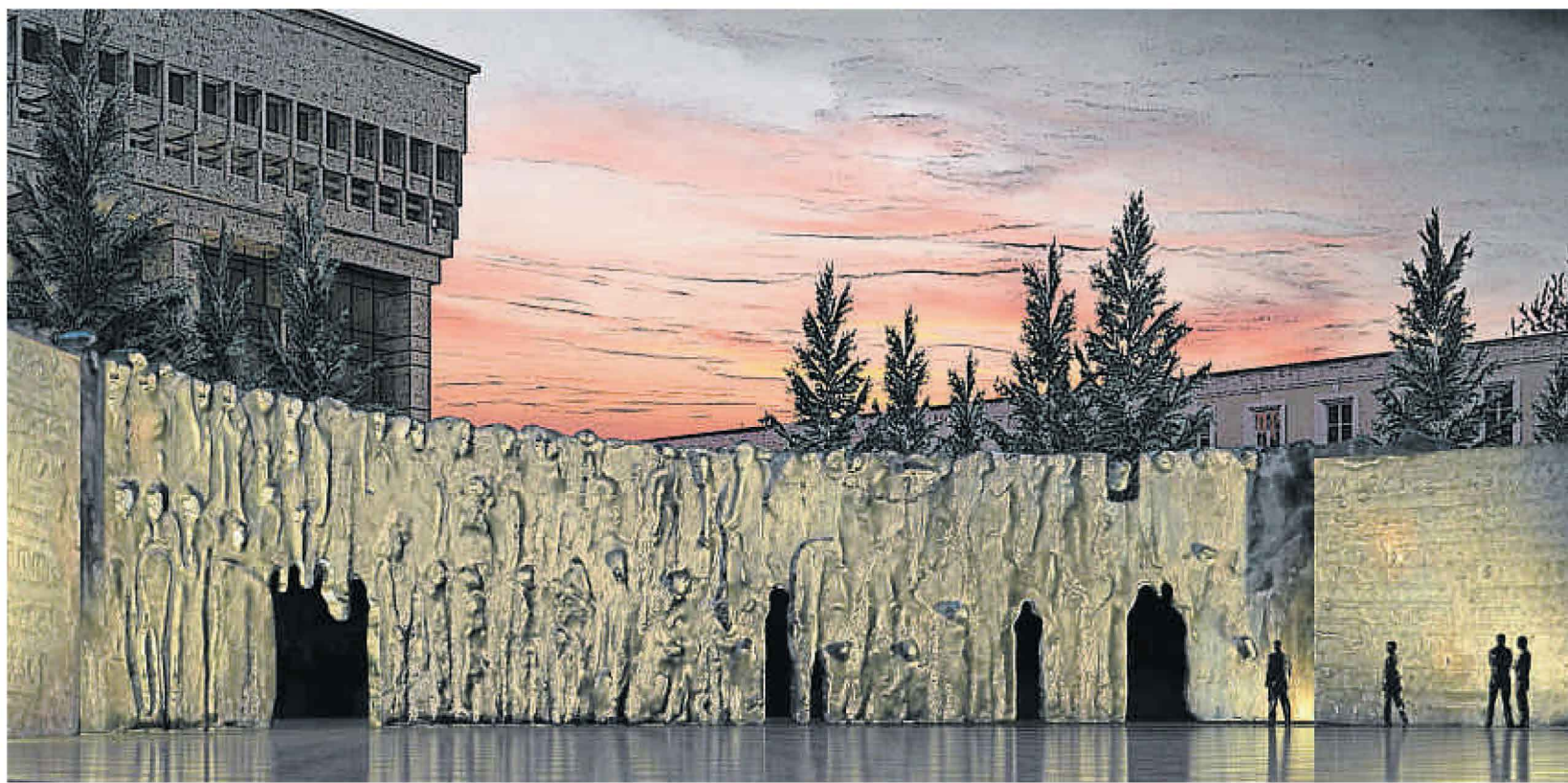


Feuilleton/Medien



GULAG-MUSEUM MOSKAU

Den Entwurf für das Bronzerelief „Wand der Trauer“ hat Präsident Putin jetzt genehmigt. Das Denkmal soll an die Opfer des Sowjetregimes erinnern.

Es wird gut sein

Der Menschenrechtler Arseni Roginski über das in Russland geplante Mahnmal für die Opfer der Sowjetunion

Russlands Führung sucht die Zukunft des Landes in der früheren Sowjetunion. Trotzdem soll der Opfer des einstigen Regimes jetzt erstmals ein offizielles Mahnmal gesetzt werden. Arseni Roginski, führender Vertreter der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in Moskau, über ein mögliches Gedenken, das im gegenwärtigen Russland eigentlich unmöglich scheint.

Das erste Mal in Russlands Geschichte will man in Moskau ein Mahnmal als landesweiten Gedenkort für die Opfer politischer Repression errichten. Ihre Organisation hat immer darauf hingearbeitet. Freut Sie das?

Ja, das tut es. Auch wenn mir klar ist, dass es eine bittere Note hat, und schon die Tatsache an sich Erstaunen hervorrufen muss, dass es ausgerechnet Wladimir Putin ist, der das beschließt. Es läuft seiner Politik komplett zuwider. Ich halte das Mahnmal aber trotzdem für sehr wichtig, denn die Gedenkkultur in meinem Land ist in einem katastrophalen Zustand. Man muss sich der Opfer erinnern, insbesondere, wenn das im Namen des Staates geschieht. Lehrer werden mit ihren Schülern zu dem neuen Gedenkort hingehen und sagen: Da, schaut hin! Es wird gut sein, dass es das Mahnmal gibt.

Sie sagten es schon. Es passt nicht zu Putins Politik. Wie geht das damit überhaupt zusammen?

Gar nicht. Will man sein Bedauern über die Menschen ausdrücken, die unter Missachtung aller Menschenrechte in der Vergangenheit sterben mussten, dann darf man heute keine Verletzungen begehen oder zulassen. Wir erleben aber gegenwärtig große Einschränkungen der Freiheit in unserem Land. Es gibt wieder politische Gefangene. Unabhängigkeit vom Staat gilt als verdächtig und nicht nur Nichtregierungsorganisationen werden deshalb verfolgt. Die gesamte Politik in Bezug auf die Ukraine passt

nicht dazu. Das ist alles ein großer Widerspruch, wenn auch offenbar nicht für Putin.

Jüngste Umfragen zeigen, dass Stalins Ansehen bei der Bevölkerung steigt. Beunruhigt Sie das?

Natürlich. Aber das ist eine komplizierte Geschichte. Diese Hochachtung vor Stalin resultiert daraus, dass der Sieg im Zweiten Weltkrieg, dass wir, die Russen, immer und über alle gesiegt haben, durch die Politik zur alles beherrschenden Ideologie erhoben wurde. Solange die Situation so ist wie jetzt, die Propagandamaschine so auf Hochtouren läuft, kann sich das sogar noch steigern. Sollten sich die staatliche Politik und die Fernsehpropaganda aber wieder ändern, wird auch Stalins Ansehen erneut sinken. Wobei sich das alles nur auf die grundsätzliche Idee eines starken Staates und den Kriegssieg bezieht. Wir bei „Memorial“ schauen aber auch auf die anderen Teile, aus denen Stalin zusammengesetzt ist, vor allem auf den staatlichen Terror. Wir sehen, wer Stalin im Ganzen war. Viele Leute aber trennen das in ihren Köpfen: Stalin der Staatsmann und Sieger und Stalin der Schlächter werden so zu zwei verschiedenen Personen.

Kürzlich wurde ein Regierungsprogramm zur „Verewigung der Opfer politischer Repression“ verabschiedet. Darin werden erstmals auf staatlicher Ebene auch Stalins Verbrechen verurteilt.

Ja, es ist ein Programm, das einige Erfolge mit sich bringt. Das erscheint im Vergleich zu dem, was bei uns politisch vor sich geht, vielleicht gering. Aber in meinen Augen ist das keine Kleinigkeit. Eine Verurteilung der Stalin'schen Verbrechen ist es jedoch nicht ganz. Es ist dort die Rede davon, dass der Opfer politischer Repression gedacht werden müsse. Nicht aber vom Terror, auch nicht vom staatlichem. Erneut gedenkt man der Opfer, aber „vergisst“ die Täter deutlich zu benennen.

HISTORIKER



CC BY-SA 3.0

Arseni Roginski

Der Menschenrechtler und Historiker Arseni Roginski (70) ist Vorsitzender der Organisation „Memorial“ in Moskau. Er veröffentlichte in den 70er-Jahren im „Samisdat“ – unter der Hand verbreitete Abschriften – Dokumente über die Geschichte des Gulag und wurde deshalb 1981 in einem fabrizierten Verfahren zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt. Roginski war Gründungsmitglied von „Memorial“.

Die Organisation widmet sich der Aufarbeitung des Stalinismus und von Gewaltherrschaft und setzt sich für die Einhaltung von Menschenrechten ein. Ein offizielles Denkmal für die Opfer des Sowjetregimes gehörte zu den zentralen Gründungszielen. Den künstlerischen Entwurf, ein Bronzerelief mit dem Namen „Wand der Trauer“, hat Präsident Wladimir Putin jetzt genehmigt. Es soll voraussichtlich im Oktober 2016 fertig sein und ist Teil eines ganzen Regierungsprogramms, wonach Museen und Ausstellungen zum Gedenken an die Opfer des einstigen Staatsterrors gefördert und Archive weiter geöffnet werden sollen.

Im Jahr 2002 nahm Arseni Roginski den Lew-Kopelew-Preis für Frieden und Menschenrechte für „Memorial“ entgegen. 2010 wurde Roginski mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

Es handelt sich dabei also um mehr als symbolische Politik? Ursprünglich war das Programm doch breiter angelegt und schrumpfte zuletzt zusammen.

Es war größer gedacht und ist nun kleiner geworden. Aber das Ergebnis ist trotzdem gut. In der realen Politik kann sich nur etwas ändern, wenn sich Sprache, wenn sich die Rhetorik ändert. Damit sich große Rhetorik ändert, muss es im Kleinen beginnen. Da ist nun ein erster Schritt getan. Das können wir nutzen, um Druck auf den Staat auszuüben. Wenn Menschen in den Regionen an die Opfer erinnern wollen, dann können sie in den Amtsstuben auf Moskau verweisen. Viel hängt davon ab, wie die Öffentlichkeit tatsächlich Gebrauch davon macht. Von allein wird sich nichts zum Besseren wenden.

Putin hat die Erarbeitung dieses Programms vor einigen Jahren genehmigt. Könnte es Merkmal eines früheren Russlands sein, aus der Zeit vor der Annexion der Krim?

Vielleicht ist es das. Die Pläne lagen bis dahin schon vor. Allerdings war es auch da bereits kleiner geworden als anfangs gedacht.

Wohin soll der Trend in der aktuellen Politik noch führen? Das betrifft auch „Memorial“. Laut Gesetz müssen Sie sich als „ausländischer Agent“ kennzeichnen, weil Sie Mittel aus dem Ausland beziehen, Sie tun es aber nicht. Sie sind Wegbereiter für das Mahnmal und ein neues Regierungsprogramm, zugleich haben Sie mit Geldstrafen und Gerichtsprozessen zu kämpfen.

Insgesamt kann uns das in die Katastrophe führen. Vielleicht zur absoluten Isolierung Russlands von der Welt. Alles ist ein großer, zusammenhängender Komplex. In unserer konkreten Arbeit sind wir es gewöhnt, mit schlechten Aussichten zu leben. Solange wir arbeiten können, tun wir es. Seit 25 Jahren.

Das Gespräch führte Mandy-Ganske-Zapf.